

II-2668 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1346/8

1981-07-09

A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, *Sandmeier*
und Genossen
an den Bundesminister für Finanzen
betreffend Ausschaltung von Nachteilen für Familien bei der
Steueranpassung

Die vom Finanzministerium der Öffentlichkeit präsentierte Anpassung der Lohn- und Einkommensteuer wird auch einen Alleinerhalterabsetzbetrag berücksichtigen. Wie allerdings in der neuesten Ausgabe der "Furche" aufgezeigt wird, kann es indirekt zu einer Benachteiligung der intakten Familie kommen. Es heißt dort unter anderem:

"Der einzige Punkt, der bisher unumstritten begrüßt wurde, ist der neue Alleinerhalterabsetzbetrag für Ledige, Verwitwete oder Geschiedene mit mindestens einem Kind. Doch gerade diese Neuerung birgt gesellschaftspolitischen Sprengstoff und zeigt, wie nahe wünschenswerte Hilfe und Versuchung zum Mißbrauch nebeneinander liegen.

Die Versuchung für (be-)rechnende Typen heißt: die Steuerscheidung.

Konkret: Ein doppelverdienendes Ehepaar mit Kindern könnte künftig durch eine einvernehmliche Scheidung gleich doppelten Steuernutzen ziehen. Ein Teil kann den Alleinerhalterabsetzbetrag in Anspruch nehmen, der andere kann noch dazu die Unterhaltskosten von der Steuer absetzen.

Eine gleichwertige Steuerbegünstigung für die intakte Familie gibt es nicht. Sie ist auch nicht vorgesehen.

Der Androsch-Nachfolger soll "ein eminent politischer Kopf" (Bruno Kreisky) sein. Damit weiß Herbert Salcher auch, was das gesellschaftspolitisch bedeutet."

- 2 -

Es erscheint besonders fragwürdig, daß der Bundesminister für Finanzen, der zugleich Vorsitzender des Familienpolitischen Beirates ist, damit geradezu eine Steuerscheidung empfiehlt.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Finanzen nachstehende

A n f r a g e :

- 1) Wie wollen Sie verhindern, daß eine intakte Familie bei der Versteuerung schlechter behandelt wird, als geschiedene Ehepaare?
- 2) Halten Sie eine Steuerpolitik für vertretbar, die in aufrechter Ehe lebende Ehegatten gegenüber Geschiedenen so deutlich benachteiligt, daß geradezu eine Steuerscheidung empfohlen wird?
- 3) Haben Sie als Vorsitzender des Familienpolitischen Beirates diese Frage im Familienpolitischen Beirat zur Diskussion gestellt?